



Kai Wegner beim Jahresempfang der CDU-Fraktion Berlin im Mai 2026 | Archivbild BERLINboxx | Evgenia Grabovska

Kai Wegner verzichtet auf Spitzenkandidatur

10. Juli 2026

Berliner CDU vor einem Neustart unter Zeitdruck

Der Regierende Bürgermeister zieht zweieinhalb Monate vor der Abgeordnetenhauswahl Konsequenzen aus der anhaltenden Vertrauenskrise. Kai Wegner bleibt bis zum 20. September im Amt, will nach der Wahl jedoch weder dem Senat noch der Führung der Berliner CDU angehören. Als möglicher Nachfolger gilt Finanzsenator Stefan Evers.

Berlin steht vor einer politischen Zäsur: Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** wird

die CDU nicht als Spitzenkandidat in die Abgeordnetenhauswahl am 20. September 2026 führen. Das erklärte Wegner am Freitagnachmittag auf einer kurzfristig angesetzten Pressekonferenz.

Noch am selben Abend wolle er die Kreisvorsitzenden der Berliner CDU darüber informieren, dass er für die Spitzenkandidatur nicht mehr zur Verfügung stehe. Bis zur Wahl will Wegner allerdings Regierender Bürgermeister bleiben. Ein Senatorenamt nach der Wahl schloss er ebenso aus wie eine erneute Kandidatur für den CDU-Landesvorsitz.

Damit zieht Wegner die Konsequenz aus einer seit Monaten andauernden politischen und kommunikativen Krise, die sich zuletzt auch innerhalb der Berliner CDU deutlich zugespitzt hatte.

Glaubwürdigkeitskrise überschattet politische Bilanz

Ausgangspunkt der Debatte waren widersprüchliche Angaben des Regierenden Bürgermeisters zu seinem Krisenmanagement während des großflächigen Stromausfalls im Berliner Südwesten Anfang Januar. Wegner räumte nun erneut kommunikative Fehler ein. Gleichzeitig machte er deutlich, dass die öffentliche Auseinandersetzung inzwischen die gesamte politische Arbeit des Senats überlagere.

„Wenn ich feststelle, dass ich mit den Themen, die entscheidend sind für die Menschen, nicht mehr durchdringe, muss es Konsequenzen haben“, erklärte Wegner. Die Interessen Berlins und seiner Partei seien ihm wichtiger als seine eigene politische Zukunft.

Die Entscheidung ist zugleich das Eingeständnis, dass sich die Vertrauensfrage wenige Wochen vor der Wahl nicht mehr durch Sachpolitik allein beantworten ließ. Erst im Juni hatte die CDU Wegner mit großer Mehrheit erneut zum Spitzenkandidaten gewählt. Nun muss die Partei ihre Wahlkampfstrategie innerhalb kürzester Zeit vollständig neu aufstellen.

Stefan Evers gilt als möglicher Nachfolger

Als wahrscheinlichste Lösung für die Spitzenkandidatur wird Finanzsenator **Stefan Evers** gehandelt. Wegner würdigte seinen langjährigen Weggefährten ausdrücklich als „sehr, sehr guten Finanzsenator“, vermied es jedoch, eine persönliche Empfehlung auszusprechen. Über die Nachfolge müssten nun die zuständigen Parteigremien entscheiden.

Evers zählt seit Jahren zum strategischen Zentrum der Berliner CDU. Er gehört dem Abgeordnetenhaus seit 2011 an, war stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer und Generalsekretär der Landespartei. Seit April 2023

ist er Bürgermeister und Senator für Finanzen. Nach dem Rücktritt von **Sarah Wedl-Wilson** übernahm er Ende April 2026 zusätzlich das Kulturressort.

Seine mögliche Nominierung hätte für die CDU einen entscheidenden Vorteil: Evers kennt Partei, Verwaltung, Senat und Wahlkampforganisation. Für eine grundlegende personelle und inhaltliche Neuaufstellung bleiben bis zum Wahltag nur gut zehn Wochen.



Zwei Tage vor seinem Rückzug als CDU-Spitzenkandidat warb Kai Wegner beim Berliner Hoffest 2026 noch eindringlich für Zuversicht, Zusammenhalt und eine gemeinsame Zukunft der Hauptstadt | BERLINboxx

Regierungsfähigkeit wird zum zentralen Wahlkampfthema

Für Berlin geht es nun um mehr als die Frage, wer das Spitzenpersonal der CDU anführt. Der Rückzug des amtierenden Regierenden Bürgermeisters mitten im Wahlkampf verschärft die Unsicherheit über den künftigen Kurs der Hauptstadt.

Gerade für Wirtschaft, Immobilienbranche und Investoren sind verlässliche politische Ansprechpartner, stabile Mehrheiten und berechenbare Entscheidungsprozesse von zentraler Bedeutung. Die vergangenen Monate waren von Reformversprechen geprägt: Verwaltungsmodernisierung, beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren,

einfacheres Bauen und eine stärkere wirtschaftspolitische Orientierung des Senats.

Ob diese Vorhaben über den Wahltag hinaus Bestand haben, wird nun zu einer der entscheidenden Fragen des Wahlkampfes.

Die CDU steht dabei vor einer doppelten Aufgabe. Sie muss innerhalb weniger Tage eine glaubwürdige Nachfolge organisieren und gleichzeitig verhindern, dass die Hauptstadtpolitik bis zum 20. September vollständig von Personaldebatten bestimmt wird.

Ein Rückzug mit offenem Ausgang

Kai Wegner hatte die Berliner CDU bei der Wiederholungswahl 2023 mit 28,2 Prozent zurück an die Spitze geführt und war am 27. April 2023 zum Regierenden Bürgermeister gewählt worden. Sein Rückzug von der Spitzenkandidatur markiert daher nicht nur das Ende eines Wahlkampfprojekts, sondern möglicherweise auch das Ende einer politischen Ära, die deutlich kürzer ausfallen könnte als erwartet.

Ob sein Schritt der CDU die Chance auf einen glaubwürdigen Neustart eröffnet oder die Krise der Partei weiter vertieft, hängt nun maßgeblich davon ab, wie schnell und geschlossen sie die Nachfolgefrage beantwortet.

Berlin braucht in dieser Situation vor allem eines: politische Klarheit. Denn während Parteien über Personen entscheiden, bleiben die Herausforderungen der Hauptstadt unverändert – vom Wohnungsbau über die Verwaltungsreform und die Infrastruktur bis zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. (eg)